



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld SPD**

Bayerische Bevölkerung über PFC-Umweltgifte endlich transparent informieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich über die Belastung von Trinkwasser, Lebensmitteln sowie Grundwasser und Oberflächengewässern mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) in Bayern und über die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen zu berichten.

Dabei ist auch darauf einzugehen,

- welche Untersuchungen bisher durchgeführt wurden,
- bis wann noch ausstehende oder laufende Untersuchungen abgeschlossen werden und
- wie die Bevölkerung an den betroffenen Orten bisher informiert wurde.

Außerdem ist zu berichten, wie der PFOA-Ersatzstoff (PFOA - Perfluoroctansäure) Adona derzeit bewertet wird und welche Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden, um Belastungen von Mensch und Umwelt mit Adona zu verhindern bzw. zu minimieren.

Begründung:

PFC bauen sich in der Umwelt kaum mehr ab. Sie reichern sich in Leber, Niere und Gallenblase an und können diese Organe schädigen sowie Krebs erzeugen. Das Umweltbundesamt (UBA) hat bereits 2016 veröffentlicht, dass zum Beispiel PFOA im Verdacht steht, Hoden- und Nierenkrebs auszulösen. Die Übertragung von PFC von der Mutter zum Kind während Schwangerschaft und Stillzeit wird dabei besonders kritisch bewertet.

Anfragen der SPD-Landtagsfraktion haben ergeben, dass die Belastungen mit PFC-Umweltgiften in Bayern erheblich sind. Auch Nahrungsmittel sind betroffen. An rund 20 Standorten in ganz Bayern wurden entsprechende Belastungen festgestellt. An mindestens sieben Orten wurden in zahlreichen Lebensmitteln PFOA und Perfluoroctansulfonsäure (PFOS) nachgewiesen. An 26 von 33 Meßstellen wurde die Umweltqualitätsnorm für Oberflächengewässer überschritten. Das entsprechende Untersuchungsprogramm wurde dabei erst Anfang 2018 gestartet.

Aufgrund der möglichen Gesundheitsgefahren und dem berechtigten Wunsch der betroffenen Menschen nach umfassender und transparenter Information ist ein ausführlicher und zeitnaher Bericht der Staatsregierung im Landtag unabdingbar.